



Sabine Schiffer
sschiffer@z-zukunft.eu

Dr. Sabine Schiffer über die diesjährige Nürnberger Sicherheitstagung und den Weg Europas von der Demokratie zu einer Militär- und Wirtschaftsadministration.

Wie erreicht

Zum achten Mal trafen sich am 20. und 21. Juni 2008 Vertreter von Politik, Wissenschaft und Militär zur so genannten Nürnberger Sicherheitstagung, die in diesem Jahr den Titel „Die europäische Union auf dem Weg zur Weltmacht?“ trug. Eingeladen hatten dazu die Thomas-Dehler-Stiftung zusammen mit der Clausewitz-Gesellschaft, dem Deutschen Bundeswehr Verband, der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V., dem Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. sowie der Nürnberger Zeitung. Unterstützt wurde sie vom Arbeitskreis Bundeswehr und Wirtschaft Bayern. Der eng gesteckte Rahmen der Themen durch den militärisch dominierten Veranstalterkreis sorgte dafür, dass von vornherein nur wenige Antworten auf die ausgewählten erwähnten Herausforderungen erschienen. Dennoch gab es ein paar überraschende Wendungen und auch mögliche Ausblicke. Durch die Veranstaltung führten Hildebrecht Braun, ehemaliges Bundestagsmitglied für die FDP, sowie Edgar Trost, Panzergeneralleutnant a.D. Den Auftakt der Veranstaltung bildete das irische Votum gegen den EU-Vertragstext von Lissabon. Bereits in der Einführung Brauns und der Begrüßungsrede des Nürnberger Bürgermeisters, Horst Förther, wurde die Tendenz zur Idealisierung der eigenen Geschichte und Positionierung deutlich.

Idealisierung statt nüchterner Analyse

Laut Braun haben 55.000 Kelten gegen 500 Millionen EU-Bürger gestimmt, die „den Fortschritt in der EU wollen“. Nicht nur der Begriff „Kelten“ ließ die Iren als fortschrittsfeindlich erscheinen, auch der gerne und immer wieder verwendete Verweis auf die Angst der Iren vor einer Liberalisierung der Abtreibung schlug in die gleiche Kerbe. Niemand hatte sich die Mühe gemacht,

die Foren der englischen und irischen Zeitungen vom Wochenende einzusehen und festzustellen, dass mindestens auch, wenn nicht gar mehr der ominöse Vertragstext sowie die Angst vor weiteren Kriegen und in letzterem Kontext um die eigenen Kinder im Zentrum der EU-Kritik standen. Der Verweis auf die drohende Verzögerung im „fortschrittlichen Europa“ gipfelte in der Forderung Brauns, das Prinzip, dass der „Langsamste das Tempo angibt“, mindestens zu überdenken: „Wenn 500 Millionen Menschen vorangehen wollen, werden wir nicht zulassen, dass eine Minderheit sie ausbremst“. Dies dürfte einem vor allem dann als unproblematisch erscheinen, wenn man den Gedanken der „Leistungsgesellschaft“ mit ihren Entsolidarisierungsprozessen schon verinnerlicht hat (s. Agenda Bertelsmann in Zukunft 07/08 oder Jürgen Rüttgers in *Die Welt*, 11.07.2008) und ausblendet, dass es nicht nur die Iren sind, die gegen den Vertrag gestimmt haben bzw. stimmen würden, wenn man die Menschen denn nur ließe.

Dem Konkurrenzprinzip war auch der folgende Vergleich gezollt: „Wie weit wir noch weg sind von einer wirklichen Macht“ (EU) zeigten etwa Vergleiche über das Potenzial auf militärischer Ebene. Während die EU über zwei Millionen Soldaten verfüge, seien es bei den USA nur 1,1. „Wenn die Europäer nur zusammen halten würden...“ Immer wieder wird ein übermächtiges Schreckgespenst USA bemüht, um für eine „einheitliche EU-Außen- und Sicherheitspolitik“ zu werben. Aber auch der Verweis auf die friedfertige EU-Innenpolitik wurde gerne herangezogen, um für eine ganz anders geartete EU-Außenpolitik zu plädieren.

Der Instrumentalisierung der gar nicht erst fragten 500 Millionen EU-Bürger, darunter der Deutschen, setzte Frau Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) wenig später noch eins drauf: „Aber

man Sicherheit?

WEGE, UMWEGE, AUSWEGE, SACKGASSEN

davon müssen wir die Bürger nicht überzeugen, wir haben ratifiziert.“ In dieser Konsequenz sieht sie auch nur Versäumnisse in der „Vermittlung“ von Inhalten, nicht etwa in der Diskussion oder gar gleichwertigen Verhandlung derselben. Auf Nachfrage in Bezug auf die Glaubwürdigkeit einer EU nach innen und nach außen, die Demokratie predige, jedoch nicht einmal bei der Verfassung ihre Bürger beteilige, versicherte sie, sie wolle die Bürger nicht „überreden“, sondern eben „überzeugen“. Soviel zum Demokratieverständnis von Frau Leutheusser-Schnarrenberger, welches wohl als typisch für die sich vor allem selbst erhaltende politische Klasse gelten darf (s. von Arnim: „Die Deutschlandakte“).

In dieser Logik verbleibend, endet Braun mit der Feststellung, dass eine Abstimmung kontraproduktiv sei und man die Menschen wohl eher zu ihrem Glück zwingen müsse – so wie in der Vergangenheit. Denn schließlich sei die europäische „Einigung“ ein Musterbeispiel für die Beendigung der Kriege zwischen den Einzelstaaten gewesen. Dieses Ideal der Friedenssicherung, das man durchaus aus der europäischen Union ableiten kann, verleitete nicht nur Braun zu der idealistischen Annahme, dass diese Ausrichtung der EU auch für die Zukunft gültig sei. Von den gut 200 Anwesenden im Saal hatten im Vertrauen darauf nur vier Personen den Vertragstext überhaupt gelesen – allerdings bis auf Professor Schachtschneider nicht einmal vollständig (s. www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Verfassung/VertraegeKonsolidiert.pdf).

Zwischen den Zeilen und hinter den Begriffen

Die deutsche Geschichte wird zwar gerne bemüht, wenn man Feindbilder benötigt – ansonsten scheint sie keine präsenste Folie zur Überprüfung von Aussagen zu sein. Sonst hätte es kaum



Hildebrecht Braun (LINKS) und Edgar Trost (RECHTS)

möglich sein können, dass als Ausweg aus der Misere der EU folgendes Bild heraufbeschworen wurde: Es fehle noch das „Vertrauen in eine europäische Führungspersönlichkeit“, um uns auf den „richtigen Weg“ zu bringen. Was mit „EU-Außenpolitik“ gemeint ist, haben wir schon erfahren und vor diesem Hintergrund wirkt es noch brisanter. Welches „Hilfskonzept“ hinter dem Begriff „humanitäre Intervention“ steckt, lässt sich aus folgenden Ausführungen in Bezug auf die Nichtintervention bei den Wahlen in Zimbabwe ablesen: „Europa könnte, aber will nicht helfen – bei der Ausbreitung unserer Menschenwürde“, so Braun. Einmal abgesehen davon, dass man in der Tat die Frage nach dem Unterschied zwischen der Behandlung des Kongo (Militärintervention zur „Sicherung demokratischer Wahlen“) und Zimbabwes („Kritik an Mugabe“) stellen sollte, wird hier die eingeschränkte Bedeutung des Begriffs „helfen“ deutlich und erinnert nicht von ungefähr an das Konzept Kiplings vom „white man's burden“. Die „Last des weißen Mannes“ ist die offensichtlich immer noch emp-

fundene besondere Verantwortung des Kolonialherren gegenüber seinem Untergebenen – so als wäre es die Aufgabe, der „Zivilisierten“, die „Unzivilisierten“ zu beherrschen. Ähnliches verbirgt sich auch hinter dem neudeutschen Konzept „responsibility to protect“. Das „Hilfskonzept“ nach innen wie nach außen erstreckt sich also nach wie vor nicht auf ökonomische Gleichberechtigung und stellt den durch IWF und Weltbank gesteuerten übergroßen Finanzfluss von der Dritten in die Erste Welt (der Wohlstand der Ersten Welt fußt seit nunmehr 500 Jahren auf der Ausbeutung der Dritten Welt) erst gar nicht in Frage.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger idealisiert auch 2008 noch das Eingreifen im Kosovo. Hat es sich wirklich noch nicht herumgesprochen, dass die Massakerbilder von Rugovo, Rasak und anderswo Fälschungen waren und man dort keine „humanitäre Katastrophe“ verhindert, sondern gefördert hat? (z.B. *Panorama* vom 18.05.2000). Weiß niemand der Anwesenden vom Internationalen Vorbereitungskomitee für ein Europäisches Tribunal über den

TIEFER GEBLICKT



VON OBEN NACH UNTEN:

Sabine Leutheusser
Klaus Naumann
Bernhard Gertz
Gönül Yerli

NATO-Krieg in Jugoslawien und den Analysen von Jörg Becker und Mira Beham über die gezielte Kriegspropaganda und das bewusste Vorgehen unserer Bundesregierung? Würde man dieses Wissen einbeziehen, könnte man allerdings nicht mehr so unbedarft von einer „notwendigen Neuausrichtung der NATO“ sprechen. Bei Frau Leutheusser klingt Politik eher so, wie Jugendliche sich unterhalten: man will mitreden können, dabei sein, was zählen – natürlich im Vergleich zu den USA. Und dazu gehört argumentationslogisch die Bildung einer europäischen Armee für „friedenspolitische Aufgaben“ – EU-Außenpolitik eben. Ist aber nicht so schlimm, denn die abgelesene Rede hat ohnehin hauptsächlich für schlafende Zuhörer gesorgt.

Dabei hätten zwei Punkte ihrer Ausführungen besondere Aufmerksamkeit verdient: Leutheusser-Schnarrenberger räumt zunächst ein, dass genau wegen des verteidigungspolitischen Aspekts die Ratifizierung des Lissabon-Vertrages so nötig wäre. Die Bildung einer europäischen Armee wird in dieser Logik zur primären „friedenspolitischen Aufgabe“. Und dann erwähnt sie die „Finalität“ der europäischen Frage. Sprich: Was ist eigentlich das Ziel der EU? Wo wollen wir schließlich landen? Wie soll sie einmal genau aussehen und mit welchen Aufgaben betraut sein? Diese Fragen wurden also bisher weitestgehend umgangen, und auch darum sollte man die Entwicklung der EU nicht auf die leichte Schulter nehmen. Denn Frau Leutheusser selbst gibt die entscheidenden Hinweise, woran sie dabei denkt, und sagt: „Die Regierungsverantwortlichen müssen sich verständigen im außenpolitischen Sicherheitsbereich!“ Dann könnten auch „die Werte erfolgreich verteidigt werden“ und „eine starke Union diese in anderen Staaten einführen.“ Vielleicht wird darum der gemeine Bürger nicht mehr befragt, weil er merken könnte, dass es sich hier um nichts anderes als Kulturimperialismus und Neokolonialismus handelt. Die Werte sind nämlich Werte im eigentlichen, materiellen Sinne: Ressourcen – und der Sicherheitsbegriff verkommt hier zur „Ressourcensicherheit“.

Vor diesem Hintergrund nimmt sich die Stellungnahme des Diskussionsleiters Braun besonders vielsagend aus: „Europa ist schwierig und braucht einfache

Botschaften!“ Das entspricht leider genau dem Duktus aktueller Medienberichterstattung, die den Menschen immer weniger lange Texte und komplexe Zusammenhänge zumuten mag – als wäre eine Demokratie mit Schlagworten und Parolen machbar.

Die Welt aus dem Blickwinkel des Militärs

„Die EU verfügt über alle Mittel der Politik, die die NATO braucht.“ Dieser zentrale Satz General Naumanns ging fast unter zwischen seiner Lageanalyse und den Zukunftsvisionen, die er daraus ableitete. Dem Djihadismus bescheinigt er eine gewisse Harmlosigkeit angesichts der drohenden Katastrophen im Streit um Gas, Öl und vor allem Wasser. Auch der demografische Faktor wird mit Blick auf Indien, China, dem zuvor bereits ein neuer „Sino-Kapitalismus“ bescheinigt wurde, und „dem bevölkerungsreichen, muslimischen Indonesien“ zur Begründung der Aufstokkung des Militärhaushaltes angeführt. Naumann spricht gar von kommenden „Klimakriegen“. Im Rennen um Rohstoffe und ökonomische Vorherrschaft müsse man den vorhandenen Wissensvorsprung ausnutzen, um wiederum vor allem und primär mit den USA mithalten zu können. Zahlenvergleiche geben ihm recht: Während die EU ein jährliches Militärbudget von 201 Milliarden Euro aufweist, belaufe sich dies in den USA auf doppelt so viel. Damit setzten die USA 4,7 Prozent ihres Haushaltes ein, während dies in der EU nur 1,7 Prozent des Gesamthaushaltes ausmacht. Mit seiner Feststellung, dass die Bundesregierung unsere Soldaten mit der derzeitigen schlechten technischen Ausstattung an der Front im Stich lasse, untermauert Oberst Bernhard Gertz die explizite wie implizite Forderung nach mehr Geld für Kriegsausrüstung.

Nicht analysiert bleibt die Behauptung zurück, dass entstaatlichte Gewalt gefährlicher sei als staatliche. Aber vor allem stellen weder die Analyse noch die „Visionen“ eine Prämisse in Frage, die eigentlich dem so oft durchscheinenden neo-liberalen Kosten-Nutzen-Kalkül genau entsprechen würde: die Endlichkeit der Energie-Ressourcen, in deren Umkämpfung man offensichtlich bereit ist, Milliardenbeträge zu investieren. Langfristig eine grandiose Fehlinvestition. Nicht auszudenken, was die

Entwicklung regenerativer Energiequellen, die auch nach 100 Jahren noch Energie liefern, mit Forschungsgeldern in vergleichbarer Höhe erbringen könnte. „Modern“ oder gar „innovativ“ ist die anvisierte Ausweitung von Finanzspritzen ins Militär damit nicht – eher reaktionär, weil es Wirtschaftszweige fördert, die nicht nur nicht zukunftsweisend, sondern gar der Stagnation verpflichtet sind. Das gleiche Dilemma tut sich bei einem anderen Aspekt „moderner Kriegführung“ auf. Naumann verweist zu Recht auf die sich verändernden Arten von Kriminalität, bleibt aber eine Antwort auf diese Veränderungen schuldig. So wird man dem zunehmenden Cyberwar gerade nicht mit militärischen Mitteln beikommen können. Ob unsere Kinder also, wie Naumann meint, „so frei und sicher leben werden, wie wir jetzt“, steht wahrlich in Frage. Und auch wenn Bundeswehrärzte noch so humanitär in Szene gesetzt und mit dem Begriff „Friedenseinsatz“ beschönigend genannt werden, bleibt doch der fade Beigeschmack der kurzfristigen Sicherung überkommener Strukturen.

An dieser Stelle zeichnet sich bereits eine Tendenz ab, die die gesamte Tagung durchzieht. Während Menschenrechte gerne als Hommage an die Stadt Nürnberg oder instrumentell – etwa zur helfenden Intervention in ausgewählten politischen oder umweltbedingten Krisenregionen – erwähnt werden, ist vom Völkerrecht konsequent nicht die Rede. Hier verhilft der Begriff der „Asymmetrie“ zur Legitimation. Er drückt das Ungleichgewicht zwischen staatlicher Hochrüstung und guerillaartigem Kampf versprengter Gruppen aus. Sein Fokus hat sich aber in den letzten Jahren verschoben und so dominiert auch in dieser Runde nicht das Konzept vom übermächtigen Militärapparat, sondern man suggeriert, dass die „außer Kontrolle geratenen Fanatiker“ eine gefährliche Übermacht darstellten. Dies ermöglicht dann militärisches Eingreifen im NATO-Format, wo eigentlich legitimer Widerstand vorliegt, der vom Völkerrecht gedeckt ist. Immerhin plädiert Gertz für eine ehrliche Sprache und somit für ein Aufgeben der schönfärbenden Terminologie, die sich hinter dem PR-Konzept vom helfenden Soldaten verberge. Die erste Soldatenaufgabe sei der Kampf und deshalb müsse auch

von „Kampf“, „Krieg“ und „Verwundeten“ die Rede sein und nicht etwa verschleiert von „Einsatzunfällen“. Und was hat das alles mit dem Islam zu tun? Diese Frage stellten viele Anwesende in Zusammenhang mit dem Beitrag von Gönül Yerli zum Thema Integration von Muslimen als Friedensdienst. Und diese Frage ist berechtigt. Sicher gut gemeint wollte Mitorganisator Braun deutlich machen, dass der Islam in Europa keine Gefahr darstelle, und lud die eloquente Gönül Yerli zu einem Vortrag ein. Außerdem nahm er erfrischend offen und tatsächlich auf dem Boden des Grundgesetzes Stellung für die Einführung islamischen Religionsunterrichts an den Schulen (also nicht wie üblich unter dem üblichen Verweis auf das sich auszählende Kosten-Nutzen-Kalkül, nachdem dieses Zugeständnis die Möglichkeit biete, so die Inhalte kontrollieren zu können). Natürlich impliziert das Einstellen dieser Thematik in den Kontext der Gesamtveranstaltung genau, dass es ein Problem mit Islam und Muslimen gäbe. Zwar trug Frau Yerli den Sympathiegewinn des Tages davon, dennoch ließ sich die unglückliche Kontextualisierung kaum mehr beheben. So war in den Pausen zu hören „Ja, wenn sie doch alle so wären!“ oder „Ohne Kopftuch wäre sie mir noch sympathischer gewesen.“ und auch „Naja, alleine durfte sie ja nicht kommen.“ Frau Yerli wurde – trotz des Freitags und somit Feiertags für die Muslime – von ihrem Mann, dem ersten Vorsitzenden der Islamischen Gemeinde Penzberg, sowie dem Imam der Gemeinde begleitet. Dies wurde in meiner unmittelbaren Umgebung nicht als Zeichen der besonderen Wertschätzung für die Veranstaltung, sondern als patriarchaler Akt der Überwachung betrachtet. Auch dies eines der zahlreichen Beispiele für eine selbstidealisierende Wahrnehmung, die statt einer Selbstreflexion lieber über das Gegenüber urteilt.

Ein Hauch der Selbstüberschätzung und Überheblichkeit wehte auch bei der Direktschaltung mit dem iranischen Atomunterhändler Jalili durch den Raum. Dieser hielt in der Tat eine unerträgliche, vorgedruckte Rede und der Diskussionsleiter nahm sich vergleichsweise kurz aus. Außerdem war die Schaltung von technischen Problemen und Übersetzungsfehlern geprägt. Allerdings fiel auf, dass sich einige im Publikum nur allzu

gerne auf einen offensichtlichen Übersetzungsfehler stürzten und vermeintlich erkennend vor sich hin nickten. Als nämlich vom anderen Ende der Leitung als Antwort auf die Frage der Wahlzulassung verkündet wurde: „Wer nicht über die nötige Schulbildung verfüge, wird beseitigt.“

Vor dem Hintergrund dieses als Originalaussage missverstandenen Übersetzungsfehlers wurde über die Aussage, dass es verschiedene Formen der Demokratie gebe und der Iran demokratische Prozesse im Nahen Osten zu fördern trachte (s. Unterstützung der tatsächlich gewählten Hamas-Regierung), großzügig hinweg gelacht – die Diskussion um die fehlende Demokratie im EU-Prozess vom Beginn der Veranstaltung schien schon vergessen zu sein. Diese selektive Selbstidealisierung bei gleichzeitiger Dämonisierung des Gegenübers stieß an dieser Stelle besonders auf, weil es die Hierarchie im Diskurs wieder herstellte, von der Jalili offensichtlich gar nicht ausgegangen war. Und diese Hierarchie ist gefährlich. Sie stützt sich nämlich darauf, die eigenen Ideale zum Non-plus-ultra zu erheben, ohne deren Umsetzung zu kontrollieren. Etwa in Bezug auf uns selbst aber auch in Bezug auf die gerne zu Vergleichszwecken herangezogenen USA wäre hier eine Gegenprobe angeraten gewesen: Die Nichteinhaltung der eigenen Werte wie etwa die Nichtanerkennung des Genfer Zusatzprotokolls von 1972, die andauernde Verletzung des Atomwaffensperrvertrags, der Einsatz von uranhaltiger Munition, die Todesstrafe – all das wären ja eigentlich Gründe, warum man die USA als Bündnispartner in Frage stellen müsste. Und dies nicht nur wegen der eigenen Glaubwürdigkeit, sondern tatsächlich aus völker- und menschenrechtlichen Gründen. Angesichts der besonderen Überheblichkeit dem Iran gegenüber sollte man sich eher darüber verwundern, warum dieser – trotz völkerrechtlicher Eindeutigkeit – noch im Gespräch bleibt. Der vereinnahmende Satz des Diskussionsleiters „Die Welt hat Angst, dass der Iran Atomwaffen entwickeln könnte...“ sowie die Behauptung von einer „Direktschaltung ins Weltgeschehen“ nimmt sich angesichts der Zusammenschau aller vorliegenden Fakten etwas sonderbar aus. Vielleicht müssten wir mit Blick auf die Verantwortung für das Weltgeschehen doch woanders hin schalten. ▶

Dies passt allenfalls zu dem politischen Grundkonzept, die Gefahrenlagen in der Welt als statisches Abstraktum zu behandeln – auch dies erspart die genaue und auch selbstkritische Analyse. Die Gefahr ist einfach da und wir sind quasi gezwungen, darauf zu „antworten“ – vielleicht mit einer „Quick Reaction Force“?

Lehren aus Afghanistan?

Anlässlich der Direktschaltung mit dem deutschsprachigen Wirtschaftsminister Afghanistans, Dr. Farhang, wurde Unruhe und offensichtlich Uneinigkeit im Publikum deutlich. Während General Dr. Grein nach dem Erfolg der kombinierten Strategie Wiederaufbau unter militärischem Schutz fragte, blieb die Frage zunächst unbeantwortet, warum denn angesichts der gleich gebliebenen Strategie in den letzten sechs Jahren die Kampfhandlungen im Jahre 2007 so sprunghaft zugenommen hatten. Sehr explizit machte es der Diplomat Farhang nicht, aber einige mochten dennoch den Hinweis auf mehr Hilfe statt Militär durchaus aus seinen Äußerungen heraus hören. Während er einerseits den Einsatz der deutschen Soldaten im Norden Afghanistans lobte, verwies er gleichzeitig auf das Hauptproblem aller Bemühungen – dass nämlich von der wirklichen Hilfe zu wenig bei der Bevölkerung ankomme. Er benannte das Phänomen als „Kaskaden-System“. Wie bei einer Kaskade schöpften erst Organisationen und Unterorganisationen Hilfsgelder ab, so dass vor Ort fast nichts mehr übrig bleibe – dies mache auch die deutsche Hilfe, die noch ein vergleichsweise hohes Ansehen genießt, unglaublich (vgl. dazu: www.afghanistanafterdemocracy.com). Und der Widerstand wächst.

Auch hier wurde eine abstrakte Gefahrenlage zu Grunde gelegt, die den Hergang von Einmischung und Instrumentalisierung des ganzen Landes und seiner Bevölkerung, wie es selbst US-Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski zugibt, einfach ausblendet. Übrigens unsere Medien steuern zur Metapher von einem durch Naturgewalten geschundenen Afghanistan noch Bilder bei, wie in einem der letzten Auslandsjournale zu sehen, wo eine Dürrekatastrophe für die Armut und den drohenden Hungertod der Bevölkerung verantwortlich gemacht wird – nicht etwa die Zerstörung

der unterirdischen Bewässerungssysteme der Afghanen durch den inzwischen 30-jährigen Krieg.

Auch Markus Söder (CSU) und der Bürgermeister der Stadt Nürnberg, Horst Förther, bedienten die Statik-Metapher in Bezug auf die Entwicklungen auf dem Balkan. Nur so konnte etwa Förther von „Friedenseinsätzen“ sprechen und von einem Modell für die Übernahme weiterer „Verantwortung“ in der Welt. Ähnlich wie in Bezug auf Afghanistan, den Irak und einige afrikanische Länder wird auch hier die Vorstellung einer „Antwort“ auf eine abstrakte Gefahrenlage konstruiert. Weder ihm noch den meisten Zuhörern wird es also aufgefallen sein, dass in der „Stadt der Menschenrechte“ schlicht Kriegspropaganda betrieben wurde. Konzepte wie die der Nichteinmischung und des fairen Handels – sprich Bezahls – von Rohstoffen (Irak, Kongo u.v.a.) und für die Nutzung strategisch wichtiger Orte (Afghanistan, Somalia) spielten bei dieser Tagung erwartungsgemäß keine Rolle.

Unsere teuren Kinder

Dies sind nicht etwa all jene, denen wir großzügig „helfen“ und unsere Soldaten schicken, sondern gemeint sind hier tatsächlich unsere eigenen Kinder. Mit dem fast verschmitzten Verweis auf die hohen Investitionen in unsere wenigen Kinder, was diese besonders teuer und wertvoll mache, begann der Vortrag von Professor Herfried Münkler, der eine überraschende Wendung nahm. Ich zumindest hatte nicht erwartet, dass er äußerst selbstkritisch auf den Einsatz von Söldnertruppen, die aus „billigeren philippinischen Kindern“ bestünden, verweisen würde, die dann unsere Kriege führen – Outsourcing sozusagen, übrigens mit steigenden Aktienkursen. Leider wurde seine in immer wieder abfallendem Tonfall dargebrachte Analyse mehrheitlich von den Anwesenden verschlafen.

Münkler betitelte die europäischen Länder als „postheroische Gesellschaften“, denen es gelungen sei, dass die Kriege anderswo geführt werden. Als „heroische Gesellschaft“ definierte er Gruppen, die die fehlende physische Macht durch eine moralische Kraft zu kompensieren suchten. Sein mitunter zynischer Gedankenstoß gipfelte unter anderem in dem Satz: „Wir brauchen keine Selbstmordattentäter, wir haben

Technologie!“ Damit konterkarierte er den bis dato umgekehrt verwendeten Begriff der Asymmetrie, der die Dominanz in der Anwendung von Gewalt denen zuordnet, die in der Machthierarchie ganz unten stehen. Als Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft in der affirmativen Logik der gesamten Tagung verbleibend hatte Ex-Panzergeneral Edgar Trost aus der Rede Müncklers eine „Militärtheorie“ herausgehört – statt sie als Neufassung einer aktuellen Kriegstheorie zu verstehen.

Neben den bisher erwähnten Umwegen und Sackgassen, siehe Afghanistan und Iran als Beispiele, kam ein Hinweis auf einen realistischen Ausweg aus Israel. Igal Avidan, freier Journalist und Deutschlandkorrespondent unter anderem für die Zeitung Ma'ariv, bezog sich direkt auf den Sicherheitsbegriff als er begann, die Kooperation eines israelischen Kibbuz mit dem palästinensischen Nachbardorf zu schildern. Leider wurde der Paradigmenwechsel im Grundkonzept von den Veranstaltern nicht goutiert und so unterbrach man ihn nach kurzer Zeit und bezichtigte ihn der Themaverfehlung. Schließlich war er angefragt für das Thema „Was kann Europa für die Sicherheit Israels tun?“ Doch dabei war man implizit von der Prämisse „politischer“ und „militärischer“ Unterstützung ausgegangen und nicht etwa von einem Konzept, das auf Ausgleich, Vertrauen und friedlichem Miteinander ausgelegt war, etwas, das man als „Friedensprojekt“ auf niedrigem Niveau abtat. Eine Vision dessen hatte Avidan angeboten als er die Fakten einer erfolgreichen israelisch-palästinensischen Kooperation schilderte, die auch in seinem Buch „Israel: Ein Staat sucht sich selbst“ nachzulesen sind. Daraus geht deutlich hervor, was wirklich Sicherheit schafft und das ist so plausibel, wie das kooperative Menschenbild, das inzwischen als grundlegend und einzig erfolgversprechend für menschliche Interaktion nachgewiesen wurde (s. u.a. Joachim Bauer: „Prinzip Menschlichkeit“).

Während der so genannte „Sicherheitszaun“ eher die Kooperationsmöglichkeit und damit das Vertrauen bedroht, war der Bürgermeister des Kibbuz Meretz, Doron Lieber, jahrelang überaus erfolgreich durch die Unterstützung seiner palästinensischen Nachbarn. Unter anderem eine Fußballmannschaft

für alle palästinensischen Kinder in dem Dorf Qaffin wurde mittels Sponsoring durch den Tel Aviver Football-Club Hapoel ermöglicht, wie Avidan mit eigenen Fotos unterlegte. Durch die erzwungene Trennung sind Turniere nun erschwert, aber etwa in Punkto Arbeitsmigration hat man pragmatische Lösungen gefunden, die freilich an den Persönlichkeiten innerhalb der beiden Gemeinden hängen. Dies sind nur einige wenige Aspekte der Kooperation, die sowohl Auf als auch Abs durchstanden hat. Avidan schließt seine Schilderungen mit dem Satz: „Sicherheit für Israel gibt es nur durch Sicherheit auch für die Palästinenser!“ Dies entsprach freilich nicht den Erwartungen der Veranstalter. Und so verhalte auch das zufällige Anknüpfen an diese Sicht der Dinge von Dr. Farhang in seiner online-Diskussion. Nämlich als er für „Kooperation mit den Afghanen“ auf einer gleichwertigen Basis warb, weil anders kein Erfolg und damit keine Sicherheit erreicht werden könne. Farhang wörtlich: „Nur der Kontakt mit Menschen lässt gegenseitiges Vertrauen wachsen!“

Wer hat Angst?

Und vor wem? Und warum? Und vor allem: Wer hat Angst vor dem Infragestellen vielfach wiederholter und lange einstudierter Denkschienen? Etwa die so plausibel klingende Behauptung „Es gibt keine Menschenrechte ohne Sicherheit!“ wäre empirisch zu überprüfen. Oder auch die gewohnte Grenzziehung zwischen Freunden und Feinden wäre zu hinterfragen. Sie verhindert, dass gleiche Maßstäbe angewandt werden. Mir würde es weniger Angst bereiten, wenn das kurzfristige, gewohnheitsmäßige und ungeprüfte Verbleiben in kontraproduktiven Kategorien ernsthaft und mit Blick auf die Gleichwertigkeit aller Menschen in Frage gestellt würde. Die auf der Tagung immer wieder einmal zu vernehmende Behauptung, dass „die Erkenntnisse vorlägen“ und die „Visionen“, und dass man nur noch „danach handeln“ müsse, ist eher gefährlich als realistisch. Genau an innovativen Visionen hat es gefehlt. Während man etwa den Iran für den Ausbau der Atomkraft scholt, wurde das Konzept der Ausweitung ziviler Kernenergienutzung überhaupt nicht angetastet. Nicht nur ein Staat wie Iran könnte auf Solaranlagen und weitere

Quellen nachhaltiger Energielieferung setzen. Der Anteil der Kernenergie liegt bei weit unter zehn Prozent der Weltenergiegewinnung und wäre leicht zu ersetzen. Dass sie ein – inzwischen klima-schützerischer – Vorwand für die Aufbereitung von Stoffen ist, die für Atombomben genutzt werden können, muss dringend offen angesprochen werden. Dass auch die Ressource Uran begrenzt ist, ebenso. Die weitere Vergeudung von Steuergeldern angesichts der Begrenztheit der herkömmlichen Ressourcen, die Material und Menschen opfert, ist nicht nur unverantwortlich sondern geradezu kriegstreiberisch. Dem Nichtzeitgemäßen ist auch die Ignoranz der Möglichkeiten gezollt, die die Phantasie in der Cyberkriminalität hervorbringt – während wir weiterhin mit Panzern spielen.

Nun könnte man meinen, diese Mängel lägen ausschließlich an der thematischen Engführung der Tagung durch die Veranstaltungspartner. Das stimmt nur bedingt, denn auch die neue „Friedensdenkschrift“ der Evangelischen Kirche weist in die gleiche Richtung. Dort finden sich ähnliche Neusprech-Formeln – etwa, wenn von einer zu schaffenden „internationalen Rechtsordnung“ mit einem „gerechten Krieg“ die Rede ist.

Der Frieden muss ökologisch regenerativ und ökonomisch gerecht sein! Für ersteres steht stellvertretend für viele andere, die den Zusammenhang zwischen Umweltausbeutung und -zerstörung und Krieg erkannt haben, Franz Alt. Nach seinem Buch „Frieden ist möglich!“, das heute etwa von der EKD-Denkschrift als „blauäugiger Pazifismus“ abgetan würde, betreibt er den Informationsdienst „Sonnenseite“, der regelmäßig Infos über ökologische und damit menschenfreundliche und richtungsweisende Lösungen herausgibt. Für die Erkenntnis, dass Frieden nicht ohne Gerechtigkeit möglich ist, steht inzwischen etwa Joseph Stiglitz – nachdem er sein Amt bei der Weltbank niedergelegt hat. Dass schnell dahin gesagte Sätze wie „Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit!“ in der Tat zu hinterfragen sind, dafür steht ein Zitat Dietrich Bonhoeffers: „Friede ist das Gegenteil von Sicherheit. Friede muss gewagt werden, ist ein großes Wagnis und lässt sich nie und nimmer sichern. Sicherheit fordern, heißt Misstrauen haben und dieses Misstrauen gebiert wieder Krieg.“ ■



OBEN:
Direktschaltung mit Dr. Farhang, dem deutschsprachigen Wirtschaftsminister Afghanistans

UNTEN:
Prof. Dr. Herfried Münkler